



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 21
10. Jahrgang

21. Oktober 1942

Sabotiert!
Ein illegales Flugblatt(ITF) In einem südfranzösischen Industriegebiet wurde von Gewerkschaftern folgendes Flugblatt verbreitet: "Arbeiter, sabotiert die deutsche Kriegsproduktion!"

Hitler, der das deutsche Volk acht Jahre lang bis zur Erschöpfung für seinen Krieg arbeiten liess, konnte nicht genug Waffen für den Sieg beschaffen. Er rechnet jetzt mit der Arbeitskraft des verklavten Europas, um die Lage Deutschlands zu erleichtern und die Niederlage hinauszuschieben.

Jedes Beschädigte Stück, jede verlorene Arbeitsminute rettet ein Menschenleben.

Folgt dem Beispiel der besetzten Zone (Frankreichs), Belgiens, Hollands, aller Menschen, die die Freiheit wollen. Sabotiert, verlangsam die Produktion Eures Betriebes, die Vichy nach Deutschland schicken lässt.

Ein Fehler in der Werkzeugmaschine, eine lose Schraube, ein Nadelstich in die Konservendose wird die Niederlage Deutschlands beschleunigen".

Aehnliche Handzettel wurden in den letzten Monaten in vielen Städten des unbesetzten Frankreich verteilt.

Kommentar überflüssig

(ITF) Das Berliner "Reichsgesetzblatt" veröffentlichte am 28. Juli eine "Verordnung über die Betreuung von Kindern deutscher Wehrmachtangehöriger". Die entscheidenden Stellen der Verordnung lauten: Par. 1: "Zur Erhaltung und Förderung rassistisch wertvollen Erbgutes wird Kindern, die in den besetzten norwegischen und niederländischen Gebieten von deutschen Wehrmachtangehörigen erzeugt und von Norwegerinnen oder Niederländerinnen geboren sind, auf Antrag der Mütter eine besondere Fürsorge und Betreuung durch Dienststellen der Reichskommissare für die besetzten norwegischen und niederländischen Gebiete gewährt". Par. 6: "Die Reichskommissare... werden ermächtigt.., eine entsprechende Regelung auch für die Kinder von anderen in Norwegen oder in den Niederlanden eingesetzten Reichsdeutschen zu treffen".

Die Verordnung trägt die Unterschrift Hitlers, Keitel's, des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht und des Ministers Lammers.

(Für die Red.: Nach dem "Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete", Stück 22, ausgegeben am 27.VIII.42.)

Eisenbahnattentat in Belgien

(ITF) Der deutsche Militärbefehlshaber in Mons teilte am 25. September 1942 mit, "dass Verbrecher am Abend des 21. September zwischen Anderlues und Picton einen Zug aufgehalten haben. Personal und Passagiere wurden gezwungen, den Zug zu verlassen, dann wurde der Zug wieder in Gang gesetzt. Der führerlose Zug fuhr in die Station Haine-St.-Pierre, wo er auf eine Lokomotive auffuhr. Die Folge dieses Verbrechens war, dass 2 Belgier getötet wurden, nur durch einen glücklichen Zufall sind nicht mehr Menschen getötet worden. Eine Belohnung von einer Million Franken" wurde Denunzianten versprochen.

Kohlenzug wird geplündert

(ITF) Auf dem Bahnhof La Louvière plünderten etwa 100 Belgier (am Ende der ersten Juliwoche) einen Kohlenzug. Mehrere Tonnen Kohle wurden gestohlen. Ähnliche Vorfälle werden von anderen Bahnhöfen gemeldet. Die Gendarmen sind machtlos.

Französische Eisenbahner

berichten: Viele Kollegen wissen nicht mehr ein noch aus. Das Gehalt reicht bei ihnen knapp bis zum 20., dann gibt es Schulden und Not. Ist das ein Wunder? Ich war im Juni in Sotteville und Rouen. Dort lebten die Kollegen von Kohl zu 15 Fr. das kg, von Karotten, für die sie - wenn es überhaupt welche gab - 15 Fr. für ein Dutzend zahlen mussten. Salat kostete 3 Fr. per Kopf. Im ganzen Mai haben sie weder Kartoffeln noch Eier, Fischkonserven oder Artischocken bekommen, 250 gr Dörrgemüse war alles. Denn die Schleichhandelspreise kann der Eisenbahner mit seinem niedrigen Gehalt nicht bezahlen. Schon im Laden kümmert man sich nicht um Höchstpreise, man verlangt oft ungeniert den doppelten Höchstpreis. In vielen Küstengegenden, in denen bombardiert wird, muss man für ein schlechtes Zimmer mit unbeschreiblichem Essen schon 50 - 60 Fr. pro Tag zahlen (- also so viel, wie früher in einem sehr guten Hotel. Red.).

Bei diesen Preisen spielen Zulagen eine grosse Rolle. Aber die Eisenbahnverwaltung drückt die Zulagen wo sie nur kann. Wenn z.B. Betriebswerkstättenpersonal Lokomotivdienst tun muss, erhält es kaum einen Zuschlag.

Und dann noch die Bomben. In St. Nazaire, in Le Havre und Nantes muss man Nachts oft im Keller sitzen. Am nächsten Morgen ist man müde. Die Kollegen haben der Verwaltung erklärt, dass sie nach Nachtbombardementen ausschlafen wollten. Sie verlangen mehr und bessere Luftschutzkeller. Die Verwaltung sagt, es fehle an Rohmaterial für Luftschutzbauten. Weil die Deutschen hier sind, wird bombardiert und das Material, das für Luftschutz gebraucht wird, geht nach Deutschland!

Die Kollegen der Betriebswerkstätten in St. Nazaire haben verlangt, dass die Werkstätte in einen weniger bombengefährdeten Bezirk verlegt wird.

In den Packwagen hat man im vorigen Winter die Oefen und die Rohre entfernt. Das Zugbegleitpersonal wird frieren. - (ITF)

Stimmungssymptom

(ITF) Generalleutnant Niehoff, der deutsche Befehlshaber in Lille, veröffentlichte am 30. Juli die folgende Bekanntmachung in seinem Bezirk: "Im Monat Juli sind... wiederholt Mordanschläge auf Personen wegen ihrer loyalen Einstellung zur Besatzungsmacht verübt worden. Der Bergarbeiter Kaczmarek aus Fouquières-lez-Lens und der Metzger Leonhard Gruschka aus Harnes sind diesen Anschlägen zum Opfer gefallen..."

Der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich hat durch Bekanntmachung vom 19. September 1941 allen Personen, die in loyaler Weise mit der Besatzungsmacht zusammen arbeiten oder diese Zusammenarbeit fördern, besonderen Schutz gegen politische Gewalttaten zugesichert.

Aus diesem Grunde werden, falls die Mörder des Bergarbeiters Kaczmarek und des Metzgers Gruschka bis zum 15. August 1942 nicht ermittelt sein sollten, aus dem vermutlichen Täterkreis 50 Geiseln deportiert werden..."

Zwangsarbeit in der Slowakei

(ITF) Der slowakische Innenminister hat die Bildung von Zwangsarbeitertrupps angeordnet. In diese Trupps werden eingereiht: Arbeitsscheue, Arbeiter, die einen ihnen vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitsplatz ablehnen oder ohne Erlaubnis verlassen, Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz in Deutschland verlassen haben und sich weigern, wieder an ihn zurückzugehen, Arbeiter, die von den ausländischen Behörden wegen unzulässigen Benehmens zurückgeschickt wurden, Gerüchtoverbreiter, Trinker, Raufbolde und moralisch minderwertige Personen, erwerbslose Zigeuner und Arbeiter, die durch ihr Verhalten den Produktionsprozess stören (berichtet der Bratislaver "Slovák" am 25.IX.42.).

"Gewinnsteigerung über alles Erwarten"

(ITF) Die Profite der japanischen Grossbanken stiegen im ersten Halbjahr 1942 "über alles Erwarten", berichtet das Finanzblatt "Tokio Asahi". Der Durchschnittsgewinn stieg auf fast 27%!
(Für die Red.: Radio Hilversum, 1.X.42.)

Schrankenlose Willkür in Rumänien

(ITF) In Rumänien wurden die letzten kümmerlichen Reste richterlichen Rechtsschutzes beseitigt. "Das heutige Rumänien hat keine Verfassung", heisst es im Dekret vom 23.IX. "Die Rechte des Berufungsgerichts, des obersten Hüters der Verfassung sind deshalb sinnlos geworden... Die gegenwärtige Regierung hat daher dem Marschall das Recht gegeben, allgemeine Verfassungsgesetze zu erlassen. Gleichzeitig steht der Gesetzesschöpfer über dem Recht".

Der Terror ist ein Zeichen der Furcht. Am 21. und 22.IX. war in rumänischen Grosstädten eine sehr grosse Zahl von Deserteuren entdeckt worden.

Am 23. sah sich das Kabinett auf Grund der vorliegenden Berichte veranlasst, zur Bekämpfung der Sabotage Spezialkommandos einzusetzen, die überraschend Betriebe, Warenlager und Büros besuchen sollen.

(Für die Red.: Radio Bukarest, 23.IX., Radio Kopenhagen, 23.IX.42.)

Offenes Wort in Berlin

(ITF) "Faedrelandet", das Blatt der dänischen Faschisten, ist mit dem dänischen Arbeitsminister Kjaerbeol nicht zufrieden. Kjaerbeol war nach Berlin u.a. zu einem Vortrag über die dänische Sozialpolitik eingeladen worden. Er sagte in diesem Vortrag, dass die dänische Sozialdemokratie den dänischen Arbeitern vorbildliche Lebensbedingungen geschaffen hatte. Keine der deutschen Zeitungen hat über diese Rede berichtet, bemerkt das Naziblatt (am 26.IX.42.).

Deutschland heute

(ITF) Wie die braunen Bonzen leben, schildert der Berliner Korrespondent der ungarischen Zeitung "Magyar Némzet" (am 13.IX.): "Wir waren (in Bayreuth) bei Frau Winifred Wagner eingeladen, überall waren Parteiuniformen zu sehen. Der Gauleiter von Bayreuth und seine Frau waren da, Soldaten und der Bürgermeister... Der Abendtee war ein richtiges Friedensessen; 5 oder 6 braungekleidete Mädchen reichten immer wieder Tee, etwas lang Entbehrtes... Es gab reichlich Zucker, was sehr geschätzt wurde, weil man in Deutschland Zucker überall nur auf Karten erhält. Aber hier waren 40 bis 50 Personen anwesend und es wurden keine Karten gefordert oder abgegeben. Man brauchte nicht einmal Karten für mit Kaviar oder Gänseleber belegte Brote zu geben. Belegte Brote und andere Gerichte wurden die ganze Zeit gereicht. Jeder Gast ass soviel Gänseleberbrote, wie seiner Wochenfleischration von 300 gr entsprach. Es wurden auch keine Karten für Gebäck und Kuchenstücke gefordert, die in unbegrenzten Mengen angeboten wurden. Unter den heutigen Verhältnissen nutzte jeder diese Grosszügigkeit aus."

Der Berliner Korrespondent einer anderen ungarischen Zeitung, der "Uj Magyarország" (5.IX.) schreibt: "Die Juden, die man auf der Strasse sieht, haben wachsbleiche Gesichter und sehen aus wie der Tod. Sie dürfen nur Nachmittags zwischen 4 und 5 einkaufen. Vom Ladenbesitzer hängt ab, ob sie überhaupt etwas erhalten und Ladenbesitzer, die nicht wollen, lassen die Juden einfach nicht in den Laden".

Neue Lohndruckmethode der Nazis

(ITF) Die Nazi-Diktatur wollte ursprünglich die überbetriebliche Lohnregelung vollständig beseitigen. Löhne und Arbeitsbedingungen sollten durch Werktarife ersetzt werden, die Bezirksbeauftragten des Reichsarbeitsministeriums, die Treuhänder der Arbeit, sollten "nur in dringenden Fällen" übertarifliche Lohnsätze festlegen. Bald zeigte sich, dass auf diese Weise die Konkurrenz der Betriebe untereinander so verschärft worden wäre, dass die planmässige Kriegsvorbereitung gestört würde. Deshalb wurde bald der ursprüngliche Plan aufgegeben und die staatliche Mindestlohnregelung immer stärker ausgebaut. Untertarifliche Entlohnungen hörten allerdings erst auf, als mit Einleitung des grossen Kriegsvorbereitungsprogramms 1936 eine Lohnbewegung der Facharbeiter einsetzte. Die Treuhänder erhielten Vollmachten zur Festsetzung von Höchstlöhnen in wichtigen Berufen. Die Unternehmer waren ganz damit einverstanden, dass die Nazi-Treuhänder ihnen der Lohndruck abnahmen und sich durch das Verbot von Teuerungszulagen verhasst machten. Diese Entwicklung spitzte sich mit der Kriegsspannung 1938 weiter zu. Hitler gab den Reichstreuhändern das Recht, für bestimmte Berufe auch Höchstlöhne festzusetzen. Seit Kriegsbeginn gelten in Deutschland Höchstlöhne für alle Berufe.

Viele Arbeiter und Angestellte haben trotzdem unter Ausnutzung des Personalmangels übertarifliche Zulagen durchgesetzt. Unternehmer, die schwer entbehrliche Kräfte im Betrieb arbeitswillig erhalten wollten, bewilligten ihnen übertrarifliche Zulage und gruppierten sie, als diese verboten wurden, in höhere Lohnstufen ein. Seit Kriegsbeginn drohten die Behörden mit immer schärferen Massnahmen gegen derartige unerlaubte Teuerungszulagen. Schliesslich musste auch die kleinste Lohnerhöhung vom Treuhänder genehmigt werden. Unternehmer nutzten diese Lage, sie erklärten, sie seien bereit, Zulagen zu zahlen; nur der Treuhänder erlaube es nicht. In manchen Bezirken wurden die Treuhänder daraufhin mit Anträgen um Genehmigung von Teuerungszulagen überschüttet. Viele Unternehmer warteten die Entscheidung der Treuhänder nicht ab und zahlten unter dem Druck des Personalmangels die geforderten Zulagen. Berlin verlangte schliesslich, dass nach dem 15. September die nicht genehmigte Zulage nicht mehr ausbezahlt würden und drohte Zuwiderhandelnden schwere Strafen an.

Es scheint, dass die Nazis endlich spürten, dass das Teuerungszulagenverbot bei den steigenden Schleichhandelspreisen eine immer stärkere poli-

tische Belastung für sie wurde. In Berlin wurde jedenfalls ab 1. September eine neue Lohnstopmethode eingeführt, durch die die Verantwortung für den Lohndruck auf den Unternehmer abgewälzt und versucht wird, die Belegschaftsmitglieder gegeneinander auszuspielen.

Der Berliner Reichstrehänder der Arbeit hat in 7 Tarifordnungen für die kaufmännischen und Büro-Angestellten der Chemie-, Metall-, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie, im Handel und Verlagswesen (mit Ausnahme der Presse) und für die kaufmännischen und technischen Angestellten im Baugewerbe neue Mindest- und Höchstlöhne festgesetzt. Innerhalb der Spanne zwischen Höchst- und Mindestgehalt - die Spanne beträgt je nach der Gruppe 20 bis 40 M monatlich - kann der Unternehmer ohne Befragung des Reichstrehänders die Gehälter erhöhen oder herabsetzen. Herabsetzen darf der Unternehmer die Gehälter jederzeit, denn ein Rechtsanspruch besteht nur auf den Mindestlohnsatz. Aber erhöhen darf er ein Gehalt nur einmal alle 12 Monate ^{und} dann nur um 10%. Die Löhne dürfen sogar über die Höchstgrenze hinaus erhöht werden, falls die Gehälter aller in der gleichen Tätigkeitsgruppe und Altersstufe beschäftigten Angestellten des Unternehmens im Durchschnitt nicht über dem Höchstgehalt liegen. Uebertarifliche Zulagen gehen also jetzt auf Kosten der Kollegen. Dem Unternehmer steht eine höhere Spanne für Zulagen zur Verfügung, wenn er einzelne Angestellte auf das Mindestgehalt heruntersetzt oder polnische, jüdische oder russische Angestellte einstellt, denen er nur das Mindestgehalt zahlen darf (und noch die hohen Sondersteuern abzuziehen hat).

In Deutschland sind unter den Nazis häufiger betriebliche politische Lohnbewegungen durchgeführt worden: 'Jeder Pfennig Lohnerhöhung hilft Dir das Hitlersystem zu überleben und gefährdet gleichzeitig die Finanzpolitik der Nazi-Diktatur', war die Flüsterparole. In einzelnen Betrieben wurden Massenpetitionen an die Treuhänder organisiert. Unter dem neuen Berliner System sind derartige politische Lohnbewegungen kaum mehr möglich, denn sie könnten nur auf Kosten deutscher und ausländischer Kollegen Erfolg haben.

Die deutsche Wirtschaftspresse lobt dieses System als eine geniale Lösung und kündigt an, dass es bei Bewährung auf andere Berufe ausgedehnt werden wird.

Italienische Arbeiter

(ITF) Auf einer Konferenz der Turiner faschistischen Metallarbeiterorganisation protestierten (am 6.IX.) die Arbeiter der "Fiat Grandi Motori"-Werke, der "Fiat Ricambi", der "Fimet", "Arri", "Spa", "Lancia" und "S.A. Metall" gegen die Akkordlohnregelung. Vertreter der Lancia-Arbeiter und der "Fiat Ricambi" erklärten, die Akkordsätze seien ungerecht herabgesetzt worden. Vertreter der "Arri"-Werke berichteten, dass ihnen kein Ueberstundenzuschlag mehr gezahlt wird. Vertreter der Kleinbetriebe verlangten, dass gemeinsame Kantinen und Verkaufsstände für mehrere Kleinbetriebe eingerichtet werden und dass die Arbeiter der Kleinbetriebe genau so wie der Grossbetriebe Haushaltsfeuerang über das Werk erhalten. Auf die normale Versorgung verlassen sie sich nicht.

Metallarbeiter sind bevorzugte Arbeitergruppen der italienischen Kriegsindustrie. Bei den Stiefkindern der italienischen Industrie, bei den Textilarbeitern und, nach der gründlichen Auskämmung der Männer, vor allem bei den Textilarbeiterinnen, sieht es weit schlimmer aus. Die italienische Baumwollindustrie muss im Oktober die 32-Stundenwoche durchführen. Arbeiter, die durch diese Verlängerung der Arbeitszeit entbehrlich werden, werden entlassen. In den Monaten Dezember, Januar und Februar werden alle auf Kohle angewiesenen Betriebe der Baumwollindustrie stillgelegt, die Arbeiter erhalten eine Kurzarbeiterunterstützung von 30 Stundenlöhnen.

Mangel in Italien

(ITF) Italien muss, um Kohle zu erhalten, so viel Gemüse nach Deutschland senden, dass in Italien Gemüse knapp ist. Auf den Gemüseständen in Rom standen den ganzen Sommer hindurch lange Schlangen vor den Ständen (berichtet "Lavoro Fascista" am 2.X.42.).

Die Römer haben sich, bei der niedrigen italienischen Brot ration und der knappen Zuteilung von Pasta, an Kartoffeln gewöhnen müssen; sie haben aber ihre Kartoffelration häufig nicht erhalten. - Fisch ist teuer. Für die Wochenration von 25 gr Innereien (Leber, Herz etc.) muss man sich lange anstellen.

Man kann sich die Stimmung der Hausfrauen vorstellen, wenn man im "Lavoro Fascista" liest, dass die Autos, die den Fisch vom Grossmarkt auf die Bezirksmärkte und in die Läden bringen, jetzt von Polizisten begleitet werden.

Was ist die Reichsmark wert? (ITF) Bei einem Hamburger Möbeldändler beschwerte sich ein Soldat darüber, dass seiner Braut Möbel zu hoch berechnet worden seien. Der Verkäufer tat die Beschwerde mit den Worten ab: "800 Mark sind ja heute doch nur 100 Mark", (berichtet das "Hamburger Fremdenblatt" am 6.IX.42.).

Die Zwang deportationen belgischer und holländischer Arbeiter haben begonnen

(ITF) Die Zahl der durch wirtschaftlichen Druck nach Deutschland gebrachten belgischen und holländischen Arbeiter genügt Berlin nicht. In Belgien und Holland kann deshalb jetzt die Polizei Arbeiter nach Deutschland transportieren - wie seit langem schon im besetzten Ost- und Südosteuropa.

In Belgien - Deportation zur Zwangsarbeit für Hitler

Der deutsche Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich hatte systematisch den Druck verschärft. Er hatte zunächst (am 6.

III.42.) angeordnet, dass alle Bewohner Belgiens jederzeit zur Arbeit für Besatzungsbehörden rekrutiert werden können. Dann wurde (am 8.V.) angeordnet, dass Erwerbslose und Kurzarbeiter und ihre Angehörigen nur dann Unterstützung erhalten dürfen, wenn sie eine Bescheinigung des Arbeitsamts vorweisen können, dass für sie keine Arbeit - in Belgien oder in Deutschland - gefunden werden konnte. Als es sich zeigte, dass diese Massnahmen nicht ausreichen, hat der deutsche Militärbefehlshaber den Arbeitsämtern Vollmacht gegeben, 18 - 50jährige Männer und 21 - 35jährige unverheiratete Frauen zur Arbeit in Deutschland zwangszurekrutieren. Erwerbstätige und bisher nicht Erwerbstätige müssen sich bei den Arbeitsämtern melden; nicht zwangsrekrutiert werden sollen zunächst Angehörige der freien Berufe.

Um möglichst viel Arbeiter zur Deportation freizubekommen, hat der deutsche Militärbefehlshaber die Mindestarbeitszeit auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich festgesetzt - für viele unterernährte Belgier ist das unerträglich lang. Zur Deportation bestimmte Arbeiter sollen durch Frauen und Aeltere ersetzt werden.

Zynisch erklärt die deutsche "Brüsseler Zeitung" zu dieser Anordnung: Es wird zwischen den Freiwillig und den gezwungen in Deutschland Arbeitenden kein Unterschied gemacht werden... Da Deutschland diesen Krieg nicht allein für sich führt, ist es nur recht und billig, dass die Arbeiterrekrutierung nach deutschem Muster vorgeht. Daher konnte Deutschland nicht länger darauf verzichten, Zwangsarbeit für Belgier auf deutschem Gebiet zu fordern, so wie das bereits für französische und holländische Arbeiter geschehen ist.

In Holland - Deportation zur Zwangsarbeit für Hitler

Dr. Böning, Präsident der "Sozialen Verwaltung" beim deutschen Reichskommissar in Holland, teilte Pressevertretern mit: in Hol-

land gäbe es z.Zt. 30.000 Vollarbeitslose, mehr als 20.000 Kurzarbeiter und 30.000 bei Notstandsmassnahmen beschäftigte Arbeitslose. Durch "Rationalisierung", d.h. durch die von Göring nach Holland gesandten Stilllegungskommissionen, würden weitere Arbeiter beschäftigungslos. "Viele Betriebe werden zur Wiedereinführung der 48stündigen und selbst 54stündigen Arbeitswoche übergehen müssen". Auch dadurch würden Arbeiter frei. Aber diese Erwerbslosen, Teilerwerbslosen und erwerbslos Gemachten wolle Deutschland nicht alle haben. Deutschland wolle "qualifizierte Facharbeiter". "Es ist daher notwendig, bei dem nunmehr geplanten weiteren Einsatz niederländischer Arbeiter (in Deutschland) auf Facharbeiter in den Betrieben zurückzugreifen und auf solche Arbeiter, die im Reich zu Facharbeitern ausgebildet werden können". Die deutschen Behörden wollen vor allem junge Arbeiter, die sich im Falle einer Landung alliierter Truppen den Befreiern anschliessen könnten, deportieren. "Junge Kräfte, die sich für Ausführung von Handarbeiten eignen, werden aus allen niederländischen Betrieben, auch aus den öffentlichen Diensten, zur Arbeitsleistung im Reich abgegeben werden müssen", erklärt der Sklaventreiber Böning. Es sei ihm natürlich am liebsten, wenn die Arbeiter freiwillig nach Deutschland gingen. Täten sie das nicht, so "werde ein stärkerer Gebrauch von der Dienstverpflichtung gemacht werden". Dann soll also die Polizei widerspenstige Arbeiter zu den Deportationszügen bringen.

In Deutschland wird die Antreiberei noch verschärft

Böning fuhr fort: "Von den im Reich zum Einsatz gelangenden niederländischen Arbeitern muss eine Steigerung der Leistungen erwart-

et werden. Das gilt sowohl von der qualitativen und quantitativen Leistung als auch für die Arbeitszeit". Die holländischen Arbeiter sollen also über die vorgeschriebene 60Stundenwoche hinaus noch "freiwillig" Ueberstunden schieben.

Bisher lassen die Leistungen der holländischen Arbeiter zu wünschen üb-

rig: "Es kann nicht verhehlt werden, dass die niederländischen Arbeiter dieses (deutsche Durchschnitts-)Leistungsniveau vielfach noch nicht erreicht haben". Das ist ein Lob der holländischen Arbeiter aus wäglich berufenem Munde.

(Für die Red.: Belgien: Radio Brüssel, 8., 9. und 10.X.; Holland: "Kölnische Zeitung", 6.X., Meldung vom 4.X.)

Zwangsarbeitsdienst in Holland wurde jetzt allgemein eingeführt. Der Jahrgang 1924-25 wird in Kürze gemustert werden. Bisher bestand Pflichtarbeitsdienst nur für junge Männer, die Behördenlaufbahnen einschlagen wollten und für Studenten. - (ITF)

Die Ueberwachung ausländischer Arbeiter in Deutschland (ITF) Zur Rekrutierung und Ueberwachung ausländischer Zwangsarbeiter ziehen die deutschen Nazis ausländische Quislings heran. In Flandern haben sie einen gewissen Marc Beernaert für dieses traurige Geschäft gewonnen. Beernaert sitzt im Berliner Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront; in 3 Bezirken arbeiten ihm unterstellte Quislings als Gauverbindungsleute, für 10 weitere Bezirke werden Quislings ausgebildet. Die flämischen Gauverbindungsleute sitzen im Bezirksausschuss der Deutschen Arbeitsfront zur Bespitzelung der ausländischen Arbeiter. Von ihnen zu betrieblichen "Vertrauensmännern" ernannte Quislings bespitzeln ihre Landsleute und die in den Bezirken gesammelten Spitzelberichte werden alle 14 Tage nach Berlin gesandt.

Französische Arbeiter werden in gleicher Weise von den Quislings der "Délégation française auprès du Front du Travail" (Französische Delegation bei der Deutschen Arbeitsfront) überwacht. In jedem Betrieb, in dem mindestens 20 französische Arbeiter beschäftigt sind, spitzelt ein "Betriebsdelegierter". Die Betriebsdelegierten sind Bezirksdelegierten unterstellt und diese berichten dem "délégué général" im Berliner Zentralbüro der Arbeitsfront.

Diese Spitzeldienst soll noch von den Bespitzelten bezahlt werden (berichtet das Pariser Quislingblatt "Atelier"). Die französischen Arbeiter sollen der Deutschen Arbeitsfront Beiträge zahlen!

(Für die Red.: "Vooruit" Gent, 5.VIII.; "Atelier", 3.X.42.)

Streiks gegen das Hakenkreuz

Luxemburg (ITF) Nur einer der Namen der bei der Unterdrückung der Streikbewegung der Luxemburger Arbeiter sofort Hingerichteten ist von den Nazi-Behörden bekanntgegeben worden. Die Hinrichtungen gingen weiter. Aber nur durch Zufall sickerte durch, dass am 7. September das Nazi-Sondergericht in Luxemburg die Hinrichtung von weiteren 25 Freiheitskämpfern bekanntgab; unter den Hingerichteten waren 14 Arbeiter und 6 Beamte, unter ihnen 2 Eisenbahner und 4 Lehrer.

Grosstreik in Griechenland (ITF) Auf zuverlässigem Wege erreichte uns der folgende Bericht: die griechische Hauptstadt Athen und die Hafenstadt Piräus standen vom 8 bis 15.IX. - eine Woche nach dem luxemburger Streik - im Zeichen grosser Streikbewegungen. Am Dienstag, den 8.IX., fanden in beiden Städten grosse Strassendemonstrationen gegen die deutsche und italienische Besatzungsmacht und ihre Quislingregierung statt. In Athen legten ein Teil der Belegschaft verschiedener Krankenhäuser, Belegschaften von Handelsunternehmungen und Strassenbahner die Arbeit nieder; im griechischen öffentlichen Dienst ist die Stimmung seit langem besonders gespannt, da die Quislingregierung nur ganz unzureichende Teuerungszulagen bewilligte. In Piräus legten am selben Tag viele Arbeiter, u.a. Belegschaften der bedeutenden Maschinenfabriken, die Arbeit nieder. Es kam zu schweren Zusammenstößen, zeitweise war jede Verbindung unterbrochen. Die Eisenbahner der Athen-Piräusstrecke schlossen sich dem Streik an, Beamte, Arbeiter der Elektrizitätswerke, Drucker, Belegschaften zahlreicher unter deutscher Leitung arbeitender Betriebe, Arbeiter der Brauerei Fix streikten. Bei den Demonstrationen am Freitag, an denen sich viele Studenten beteiligten, wurden Stromleitungen der Strassenbahn durchgeschnitten und der Verkehr aufgehalten. Besatzungstruppen griffen ein. Den Streikenden wurde ein auf 3 Stunden befristetes Ultimatum gestellt, 800 Streikende wurden verhaftet. Die Gerichte arbeiteten mit Hochdruck; viele Arbeiter wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Drei Hinrichtungen sind bekannt geworden. - Fast 11.000 Streikende wurden fristlos entlassen.

Die Streikbewegung dauerte bis zum Dienstag der folgenden Woche an. (Für die Red.: Vgl. "Faschismus", 18.V.42.)

Eisenbahnwerkstättenarbeiter
in Lyon streiken

(ITF) Arbeiter deutscher Eisenbahnausbesserungswerkstätten müssen die Lücken in den deutschen Tankformationen füllen. An ihre Stelle sollen ausländische Arbeiter treten, auch aus Frankreich. Die französischen Arbeiter wollen nicht, sie wehren sich gegen die Deportation nach Deutschland.

Die Berliner Nachrichtenagentur Transocean berichtete am 14.X. aus Vichy, dass in verschiedenen Eisenbahnausbesserungswerkstätten in Lyon Streiks ausgebrochen seien, die auf mehrere Privatunternehmen übergriff.

Die Verbreitung dieser Nachricht durch die Berliner Agentur war eine Drohung. Vichy beeilte sich daher, am nächsten Tag zu erklären, dass es den Behörden Lavals nach energischem Durchgreifen gelungen sei, die Streiks zu brechen.

Nach uns vorliegenden Berichten traf das nicht zu.

(Für die Red.: Bei Abschluss dieser Ausgabe laufen Nachrichten über weitere Widerstandsaktionen ein.)

Postlerstreik in Brüssel

(ITF) Brüsseler Postbeamte führten kürzlich einen kurzen Demonstrationstreik für Teuerungszulagen durch - (Für die Red.: Juli oder August.)

Trondheim

(ITF) 13 Monate nach der Terrorwoche gegen die Osloer Arbeiter folgte die Terrorwoche gegen die Arbeiter des Trondheimer Bezirks. In diesem Jahre waren 101 Norweger von deutschen Standgerichten erschossen worden. In den ersten 3 Tagen der Trondheimer Blutwoche wurden weitere 34 Freiheitskämpfer hingerichtet. Hunderte wurden von der Gestapo in Konzentrationslager verschleppt.

Trondheim wird fieberhaft zu einem grossen deutschen Flottenstützpunkt ausgebaut; es ist das wichtigste Versorgungszentrum für die deutschen Truppen in ganz Norwegen. Es war seit langem bekannt, dass auf den Baustellen langsam gearbeitet wurde, von vielen Arbeitern aus politischer Ueberlegung, aber viele waren auch durch Ueberanstrengung und Unterernährung zu schwach zu normaler Leistung. Das Durcheinander norwegischer, dänischer, polnischer, tschechischer, deutscher, jugoslawischer und französischer Arbeiter und Gefangener auf den Baustellen erschwert überdies das Zusammenarbeiten. Im Spätsommer war Hitlers Kommissar Terboven nach Trondheim gekommen, hatte die Vorarbeiter der Baustellen zusammengerufen und ihnen mit Konzentrationslager oder Deportation nach Deutschland gedroht, wenn die Arbeitsleistung weiter so niedrig bliebe. Vorübergehend wirkte die verschärfte Antrieberei, aber mit der politischen Spannung der Septembertage liess die Leistung wieder nach. Kleine Sabotageakte sind auf den Baustellen und in den für die deutsche Armee arbeitenden Konservenfabriken seit langem an der Tagesordnung. Es überraschte daher nicht, dass Terboven am 6. Oktober über den Trondheimer Bezirk, mit der Erklärung, er sei "gefährlichen Sabotageakten" auf die Spur gekommen, Belagerungszustand verhängte. Kein Wort war an dieser Begründung wahr. Am gleichen Tage wurden 10 bekannte Trondheimer "zur Sühne" ohne Verhör hingerichtet. An den beiden nächsten Tagen wurden 24 Einwohner des Landbezirks Grane - unter ihnen Landarbeiter, Metallarbeiter, Chauffeure und Eisenbahner - hingerichtet. Der älteste der Hingerichteten, ein 45jähriger Metallarbeiter, hinterlässt Frau und 5 Kinder. - Die Anklage warf den Männern von Grane illegalen Waffenbesitz und Vorbereitung von Guerillatrupps für den Fall einer Landung englischer Truppen vor. Sabotageverdacht wurde auch nicht mit einem Wort erwähnt. Bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes am 12. Oktober wurde auch nicht ein einziger Norweger als Saboteur vor Gericht gebracht. - Die Trondheimer Blutwoche war nur eine der berüchtigten Mustergreuel, durch die Gestapo Freiheitskämpfer einschüchtern will, weil die militärisch Unterworfenen sich dem Hakenkreuz nicht beugen.

Der Kampf gegen eine
Norwegische Arbeitsfront

(ITF) Die deutschen Besatzungsbehörden haben die Massenaustrittsbewegung aus den gleichgeschalteten norwegischen Gewerkschaften - mit der norwegische Arbeiter

die Ankündigung der Errichtung einer Arbeitsfront beantworteten - sehr ernst genommen. Vier Tage vor dem geplanten Gründungstag der Arbeitsfront verhaftete die Gestapo in Oslo zahlreiche Betriebsräte und Betriebsleiter und liess in den Betrieben bekanntgeben, dass bestimmte Verhaftete erschossen würden, falls nicht die in den Betrieb abgegebenen Austrittserklärungen zurückgenommen würden. Gleichzeitig war bekannt geworden, dass die Besatzungsbehörden mit Rücksicht auf die Stimmung der Arbeiter den Quisling die Bildung der Arbeitsfront nicht genehmigt hatten. Das illegale Organ "Fri Fagbevegelse" (Freie Gewerkschaft) berichtete den Arbeitern über den Erfolg ihrer Aktion und empfahl Zurücknahme der Austrittsbewegung.

Italienische Arbeiter
in Deutschland sind unzufrieden

(ITF) "Il Camerata", das von Faschisten für die italienischen Arbeiter in Deutschland herausgegebene Wochenblatt wendet sich (am 10.V.) gegen die "ständigen

Wünsche nach einem anderen Arbeitsplatz". Bauarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahnarbeiter klagen über die deutschen Arbeitsbedingungen. "Die Landarbeiter wollen eine Veränderung, weil sie sagen, sie verdienen zu wenig... Die Arbeiter, die in West- und Norddeutschland beschäftigt sind, wollen woanders hin, weil sie am meisten den Unannehmlichkeiten in Verbindung mit nächtlichen Fliegeralarmen ausgesetzt sind".

Die Zeitung erklärt, dass den Veränderungsgesuchen nur im Ausnahmefall stattgegeben wird, dass selbst Arbeiter, deren Kontrakt abgelaufen ist, nur nach Italien zurück können, aber nicht in Deutschland in einen ihnen passenden Betrieb gehen dürfen.

Norwegische Seeleute

(ITF) Von dem vor dem schwedischen Hafen Lysekil liegenden norwegischen Schiff "Wim" desertierten

(am 8.X.) 3 Mann der Besatzung. Am nächsten Tag wurde der Kapitän eingesperrt, 9 Mann nahmen das Rettungsboot und fuhren an Land. Der Kapitän blieb mit einem kranken Matrosen allein an Bord. Er musste von Göteborg eine neue Besatzung kommen lassen, um seine Fracht nach Deutschland bringen zu können.

Deutsche Soldaten in Norwegen
fürchten die russische Front

(ITF) Aus Norwegen werden uns neue Selbstmordfälle unter Angehörigen der Besatzungstruppen berichtet. In Bergen kam es um den 1. September zu einer Meuterei; SS-Abteilungen

wurden eiligst von Oslo nach Bergen geworfen. Am Abend des 28. August wurde in Oslo der ganze Bezirk der als Kaserne verwendeten Bolteloeckaschule durch deutsche Feldgendarmen abgesperrt. Den ganzen Abend knallten Schüsse. Osloer berichten, dass 40 bis 50 Soldaten bei dieser Schiesserei getötet worden seien.

Aus Narvik berichteten Norweger, dass viele Soldaten, die sich weigerten, an die Ostfront zu fahren, erschossen wurden. Zuverlässige norwegische Berichterstatter schätzen die Zahl der im Bezirk Narvik internierten Soldaten auf 2700. Das Küstenfahrzeug "Bodoe", das vor einigen Wochen 450 norwegische Gefangene - unter ihnen den Sohn Fritjof Nansens - nach Nordnorwegen brachte, kehrte mit deutschen Gefangenen an Bord nach Südnorwegen zurück.

An vielen Stellen der norwegischen Küste sieht man Gefangenentransporte entwaffneter und degradiertes Soldaten. Sie werden genau so zusammengebunden, wie sonst nur russische Kriegsgefangene.

Kein Eisenerz für Göring

(ITF) Die norwegische Quisling-Polizei hat 5000 Kronen Belohnung für die Ergreifung der

4 Saboteure ausgesetzt, die am 5. Oktober eine Pumpe der Postalgruben sprengten. Der Schacht ersoff. - Die Postalgruben werden von den Hermann Göring-Werken ausgebeutet.

Mussclinis Kriegsgewinnler

(ITF) Der Genueser "Corriere Mercantile" schreibt (am 8.X.): "Da laufen Leute herum,

die in wirklich überwältigender Geschwindigkeit ungeheure Vermögen machen konnten. Wie sie es fertig brachten, so viel von einem Tag auf den anderen zu verdienen, bleibt ein Rätsel. Wir haben jedoch guten Grund zur Annahme, dass der grösste Teil dieser plötzlich leichtverdienten grossen Vermögen das Ergebnis nicht einwandfreier Spekulationen auf Kosten des Volkes... war".

Der Judenstern

(ITF) Im Haag wurde eine Frau Feenstra zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; sie hatte Informationen des holländischen Rundfunks aus London verbreitet und, trotzdem sie keine Jüdin ist,

demonstrativ einen gelben Judenstern getragen. - Seit Mitte September trägt der Pariser Suffraganbischof, Monsignore Chaptal, demonstrativ einen Judenstern auf seiner Soutane; viele Mönche und Nonnen folgten seinem Beispiel. - In der belgischen Industriestadt Mecheln wurde ein Geistlicher, der mit einem Davidstern demonstrierte, verhaftet, als Massanten ihm Beifall klatschten.

Gefangenenbefreiung

(ITF) Vor dem Nazi-Sondergericht in Jena (Thüringen) standen 2 Frauen, Frau Sitting und Frau Seyfert, die je 4 französischen Kriegsgefangenen zur Flucht verholfen hatten.

Sie wurden ins Zuchthaus gesperrt (berichten die "Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 27.IX.42.).

Giftgasmord an Juden

(ITF) Aus Berlin wird uns gemeldet, dass Gruppen von Juden in verschlossenen Eisenbahnwagen durch Giftgas

getötet wurden. Die beteiligten Nazis bezeichneten den Mord als Strafmassnahme und Racheakt.